

Aufruf zur antirassistischen Demo anlässlich der IMK 2022 in München

Mittwoch, 30.11.2022 - 18.00 Uhr – Geschwister-Scholl-Platz

Welche Sicherheit? Wessen Sicherheit? Wir haben ein Sicherheitsproblem!

Am 08. August 2022 erschießt die Polizei den 16-jährigen Mouhamed Lamine Dramé, der aus dem Senegal nach Deutschland geflüchtet war. Die Betreuer*innen seiner Jugendhilfeeinrichtung hatten die Polizei verständigt, um eine Selbstverletzung zu verhindern, da er sich in einer psychischen Krise befand. Als die Polizei eintraf, saß Mouhamed in einem Innenhof. Es ging keine Gefahr von ihm aus, trotzdem griffen die Polizist*innen ihn an und schossen mit Tasern und einer Maschinenpistole auf ihn. Mouhamed verstarb kurz darauf im Krankenhaus. Das ist kein Einzelfall. Allein in den Monaten Juli bis Oktober kommt es bei verschiedenen Polizeieinsätzen zu 9 Tötungen. Betroffen sind Menschen aus marginalisierten Gruppen: Migrant*innen, Schwarze Menschen, BiPoc, wohnungslose Menschen, Menschen mit psychischen Erkrankungen. Kontinuierlich werden rechte Netzwerke und Chatgruppen aus Polizeikreisen öffentlich. Waffen und Munition von Polizei und Armee landen in Nazigruppen. Die Polizei behauptet, uns zu schützen, doch wer schützt uns vor der Polizei? Wer hilft, wenn die Polizei die Täter*innen sind?

Rassismus, Racial Profiling und weitere diskriminierende Handlungspraktiken sowie der massive Einsatz von Gewalt gegen marginalisierte Gruppen werden durch die Organisationsstrukturen der Polizei ermöglicht, wenn nicht gar gefördert. Wir haben ein Polizeiproblem!

LAGER: Sicher? Sicher nicht im Lager!

Menschen, die Schutz in Deutschland suchen, müssen oft lange in großen Lagern ausharren. Die sogenannten ANKER-Zentren und andere Sammelunterkünfte sind keine sicheren Orte. Sie bieten keinen Schutz, sondern dienen vorrangig der Kontrolle und Abschreckung. Sie sind Orte der Entrechtung und Repression. Es gibt keine Privatsphäre, sondern Unterbringung in nicht abschließbaren Mehrbettzimmern. Es gibt keine Möglichkeit ein selbstbestimmtes Leben zu führen, stattdessen ein entmündigendes Sachleistungsprinzip und Residenzpflicht. Es gibt kaum Möglichkeiten zur Teilhabe an der Gesellschaft, stattdessen Isolation und Kriminalisierung durch ständige Kontrollen von Polizei und vor allem durch die Security.

Uns ist klar: Lager sind keine sicheren Orte, für niemanden.

BLEIBERECHT: Sicherheit statt Angst vor Abschiebungen

Rund 242.000 Menschen leben in Deutschland mit dem unsicheren Status der Duldung, der Großteil schon seit vielen Jahren. Die meisten sind aus Syrien, Irak, Türkei, Nigeria, Afghanistan, oder dem Iran geflohen. Zehntausende geduldete Kinder, Jugendliche und Erwachsene, können sich keinen Tag sicher fühlen. Sie leben in permanenter Angst vor Abschiebung, ohne Perspektive auf eine sichere Zukunft und haben mit Einschränkungen sozialer Rechte zu kämpfen.

Immer wieder reißen Polizist*innen geflüchtete Menschen nachts aus den Betten, um sie abzuschieben. Die Duldung muss abgeschafft werden, denn sie bedeutet ein Leben in permanenter Angst und Unsicherheit. Kinder und Jugendliche, die schon seit Jahren hier sind, müssen in Länder „zurückkehren“, die sie kaum kennen. Das ist grausam und traumatisierend.

Vom 30. November bis 02. Dezember treffen sich die politisch Verantwortlichen der Polizei- und Sicherheitsbehörden im Rahmen der Innenminister*innenkonferenz in München.

Auf dieser wird über die Innere Sicherheit diskutiert. Wir fragen uns: Wessen Sicherheit? Welche Sicherheit? Wer wird geschützt?

Wir fordern echte Sicherheit für alle!

Wir fordern:

- Defund the police!
- Unabhängige Ermittlungsstellen bei Polizeigewalt.
- Unabhängige und niederschwellige Beschwerdemöglichkeiten für Menschen, die von rassistischen Ermittlungen betroffen sind.
- Bundesweite Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen.
- Keine Lagerpflicht – sicherer Wohnraum statt unsicherer Lager
- Mehr Sozialarbeit und Sprachmittlung statt prekär angestellter Sicherheitsdienste.
- Sichere und legale Fluchtwege nach Deutschland.
- Die Sicherheit für alle, hier bleiben zu können.
- Don't forget Afghanistan – Afghan*innen schützen und gefährdete Menschen evakuieren.

Erstunterzeichnende:

Jugendliche ohne Grenzen - Karawane München - Initiative in Gedenken an Oury Jalloh - AK49 - Solidaritätskreis Mouhamed - antifa nt - Antifa Stammtisch München - Rote Hilfe e.V., Ortsgruppe München - Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Bumf e.V. - Münchner Flüchtlingsrat - Antisexistische Aktion München - Seebrücke Würzburg - Bayerischer Flüchtlingsrat - Seebrücke München - Seebrücke Nürnberg - Die Urbane - IMEDANA e.V./Rosa Asyl - Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., München - Offenes Antifatreffen München - Le monde ou rien - Roma Center e.V. - Roma Antidiscrimination Network alle bleiben! - No Lager Osnabrück - Flüchtlingsrat Brandenburg - KommMit e.V./BBZ Beratungszentrum und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant*innen - Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main - Seebrücke Potsdam - PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V. - Flüchtlingsrat Bremen - Flüchtlingsrat Berlin e.V. - Hessischer Flüchtlingsrat - Flüchtlingsrat NRW e.V. - Flüchtlingsrat Niedersachsen - We'll Come United - Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. - Flüchtlingsrat Hamburg e.V. - Flüchtlingsrat Baden-Württemberg - Flüchtlingsrat RLP - Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. - Flüchtlingsrat Thüringen e.V.